

Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Bayern informiert die Bewerber und Bieter:

Informationen zur Kosten- und Abgabebefreiung § 108 FlurbG, Art. 18 AGFlurbG

Nach § 108 Abs. 1 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) sind Geschäfte und Verhandlungen, die der Durchführung der Flurbereinigung dienen, einschließlich der Berichtigung der öffentlichen Bücher, frei von Gebühren, Steuern, Kosten und Abgaben. Gleiches gilt nach Art. 18 Ausführungsgesetz zum FlurbG (AGFlurbG) auch für die Befreiung von Gebühren, Auslagen, Steuern und Abgaben, die auf landesrechtlichen Vorschriften beruhen.

Die Befreiung erstreckt sich auf alle Gebühren, Kosten und Abgaben des Bundes sowie auf alle landesrechtlichen Gebühren, Kosten und Abgaben. Darunter fallen z.B. alle Gebühren usw. der Landratsämter, Wasserwirtschaftsämter usw. Erfasst sind auch die Gebühren usw. der Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Zeitlich gilt diese Kosten- und Abgabebefreiung auch für Geschäfte und Verhandlungen zur Vorbereitung der Flurbereinigung.

Unter Geschäften im Sinne der Vorschrift sind Rechtsgeschäfte zu verstehen, aber auch Verwaltungsakte sowie tatsächliche Handlungen, die Rechtsgeschäfte unmittelbar erfüllen.

Die Vorschrift gewährt eine sachliche, keine persönliche Befreiung. Dies bedeutet, dass die Geschäfte und Verhandlungen der Durchführung der Flurbereinigung dienen müssen, also dass sie Maßnahmen betreffen, die dem in § 37 Abs. 1 FlurbG enthaltenen Auftrag zur Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes dienen. Nicht nötig ist, dass die Geschäfte und Verhandlungen erforderlich sind.

Anwendungsbeispiele sind der Bau von Wegen, Straßen, Gewässern und sonstigen gemeinschaftlichen Anlagen.

Beispiele für Kosten, von denen § 108 FlurbG und Art. 18 AGFlurbG befreien, sind Gebühren und Auslagen der Justiz, auch z. B. des Grundbuchamtes (Eintragungen ins Grundbuch), Schreibgebühren, Kosten für öffentliche Bekanntmachungen, Bestätigungen einer behördlichen Handlung, Gebühren der Straßenverkehrsbehörden für verkehrsrechtliche Anordnungen und Gebühren der Zentralen Stelle Abfallüberwachung (ZSA) am Landesamt für Umwelt in Bayern (LfU Bayern) für die Bestätigungen von Entsorgungs- und Sammelentsorgungsnachweisen usw.

Die Kostenbefreiung gilt auch zugunsten Dritter, die anstelle der Flurbereinigungsbehörde oder im Auftrag der Teilnehmergeinschaft handeln, z. B. Siedlungsgesellschaften, Bauunternehmen oder Ingenieur- und Vermessungsbüros.